

# **Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.**

## **AG Wahlprüfsteine:**

Dr. Frank Mende, Sylvia Grande, Manfred Hildenbrand, Ulf Hoffmeyer-Zlotnik

## **Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2024**

### **Vorbemerkung:**

Die Demografie führt bei uns dazu, dass die Menschen immer älter werden und dadurch die Anzahl der älteren Mitbürger/innen bald ein Drittel der Bevölkerung ausmacht. Die große Mehrzahl dieser Menschen wollen so lange wie eben möglich weiterhin in ihrem bisherigen Wohnumfeld verbleiben, daher kommt auf die Ämter und Städte eine neue Aufgabe der Daseinsvorsorge für die Seniorinnen und Senioren zu.

Aus diesem Grund haben wir für lokale und kreisliche Seniorenbeiräte Wahlprüfsteine – nach dem Vorbild der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) erstellt, mit denen die jeweiligen Kandidaten vor Ort konfrontiert werden könnten/sollten.

### **Stellenwert und Struktur der Seniorenpolitik:**

Dank des 7. und 8. Altenberichts der Bundesregierung hat sich der Blick auf die Seniorenpolitik in den letzten Jahren unter dem Gesichtspunkt eines gesunden, aktiven und engagierten Älterwerdens in der jeweiligen Kommune verstärkt. Hierzu bedarf es jetzt der Bereitstellung entsprechender Mittel zur Umsetzung und der langfristigen Sicherung wirksamer Strukturen vor Ort.

## **1.0 Kommunale Seniorenpolitik**

**Die Rahmenbedingungen für eine kommunale Seniorenpolitik der Städte, Ämter und Gemeinden muss vor Ort durch die Lokalpolitik unterstützt werden!**

Für ein möglichst langes gesundes Leben sind mindestens zwei Aspekte dringend erforderlich:

- A) soziale Kontakte
- B) möglichst viel Bewegung

Da der Radius, in dem sich ein Mensch bewegt, mit dem Alter immer geringer wird, sind für die Schaffung der Voraussetzungen zu beiden Aspekten vorrangig die Städte, Ämter und Gemeinden zuständig. Dieses ist im Sozialgesetzbuch (SGB) XII im § 71 (Altenhilfe) wie folgt beschrieben: „Alten Menschen soll ... Altenhilfe gewährt werden. Die Altenhilfe soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, selbstbestimmt am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen und ihre Fähigkeit zur Selbsthilfe zu stärken.“

- A) Für die Schaffung von sozialen Kontaktmöglichkeiten muss es in größeren Wohnkomplexen Begegnungsräume geben und ansonsten müssen Stadtteilzentren oder Seniorentreffpunkte eingerichtet werden.
- B) Um die für ältere Menschen empfohlenen drei Mal täglichen Spaziergänge durchzuführen, muss es im Wohngebiet barrierefreie Gehwege, zwischendurch Ruhemöglichkeiten mit Bänken und/oder Pavillons und überall gesicherte WC-Anlagen geben.

#### **1.1 Bei der Entwicklung der regionalen Senior(inn)enpläne sind die Seniorenbeiräte und Seniorenorganisationen mit einzubeziehen!**

Seniorenbeiräte, Verbände und Initiativen stellen eine wesentliche Basis des ehrenamtlichen Engagements für die Seniorenarbeit dar.

**Mögliche Fragen: Welchen Stellenwert geben Sie der Entwicklung von regionalen Senior(inn)enpläne vor Ort bzw. auf Kreisebene?**

#### **1.2 In den Kommunen muss das Ehrenamt gefördert werden!**

Ehrenamtler müssen eine Wertschätzung erfahren und nicht darauf angewiesen sein, auch noch eigenes Geld für ihr Engagement mitzubringen. Sie müssen durch Aus- und Weiterbildung qualifiziert werden und möglichst bereits am Ende des Berufslebens auf diese Möglichkeit hingewiesen werden.

**Mögliche Fragen: Wie wollen Sie vor Ort das ehrenamtliche Engagement unterstützen?**

### **1.3 Flächendeckend müssen zur Unterstützung und Koordinierung der Ehrenamtlichen Anlauf- bzw. Koordinierungsstellen mit Hauptamtlichen geschaffen werden!**

Inzwischen ist eindeutig erwiesen, dass das Ehrenamt eine hauptamtliche Unterstützung benötigt, insbesondere wenn es z.B. darum geht, Patenschaften zu initiieren und zu begleiten.

**Mögliche Fragen: Der „Pakt für Pflege“ bietet die Möglichkeit hier regional zu unterstützen. Er muss dringend auch über 2024 hinaus fortgesetzt werden.**

- **Wie setzen Sie sich dafür ein?**
- **Was soll vor Ort geschehen, wenn er nicht verlängert wird?**

### **1.4 Teilhabe muss für ALLE ermöglicht werden!**

Gesellschaftliche Teilhabe muss auch Älteren ermöglicht werden, die auf Grund von Armut, gesundheitlichen Einschränkungen, Migrationserfahrungen oder sozialer Isolation benachteiligt sind. Dies schließt eindeutig auch die Verbesserung der Teilhabe an der digitalen Gesellschaft mit ein.

**Frage: Welche Möglichkeiten der Unterstützung sehen Sie hier?**

### **1.5 Angebote für lebenslanges Lernen ausbauen und die politische Mitwirkung von Älteren fördern!**

Ohne die Potenziale der Älteren sind die demografischen Veränderungen und die sich daraus ergebenden Herausforderungen nicht zu bewältigen. Es bedarf daher eines entsprechenden Konzeptes der Partizipation sowie eine Unterstützung durch Angebote für ein lebenslanges Lernen.

**Frage: Welche Strukturen können Sie sich hierzu vorstellen?**

### **1.6 Die zunehmende Vereinsamung von insbesondere älteren Menschen muss bekämpft werden!**

Die Anzahl von einsamen Menschen steigt u.a. dadurch, dass die Menschen immer älter werden, Partner und Freunde wegsterben und die Familienangehörigen oft nicht in der unmittelbaren Nähe leben. In Bln-Reinickendorf wurde jetzt die erste Beauftragte für Einsamkeit eingesetzt.

**Frage: Wie stehen Sie zu der Problematik? Welche Ideen sollten hierzu in Ihrer Region entwickelt werden?**

### **1.7 Stärkung der Seniorenbeiräte und Ausbau von Seniorenbüros zur Unterstützung der Arbeit der Beiräte!**

Damit ehrenamtliche Seniorenbeiräte die Lokalpolitiker und die Verwaltungen gut im Interesse der Senior\*innen beraten können, wäre es sinnvoll auf der Ebene der Städte, Ämter und Gemeinden auch Seniorenbüros einzurichten.

**Frage: Welche Möglichkeit sehen Sie, diese Idee zu unterstützen?**

## **2.0 Wohnen und Wohnumfeld:**

Der Verbleib auch im Alter in dem eigenen Wohnumfeld ist der vorherrschende Wunsch vieler alter Menschen, daher ist es wichtig, hier die entsprechenden Strukturen und Bedingungen zu schaffen, das führt auch zu einer generationsübergreifenden Durchmischung von Wohnquartieren und bietet dadurch viele Möglichkeiten der Nachbarschaftshilfe.

Außerdem sind hierfür wichtig:

### **2.1 Die Förderung von bezahlbarem Wohnraum in unterschiedlichen Formen!**

Besonders unter dem Aspekt der zunehmenden Altersarmut (z.B. in den neuen Bundesländern auf Grund gebrochener Erwerbsbiografien) ist es dringend erforderlich

den sozialen Wohnungsbau weiter auszubauen. Hier sollte auch über weitere Wohnformen wie z.B. selbstorganisierte Wohngemeinschaften nachgedacht werden.

**Frage: Sehen Sie Möglichkeiten, dieses auch vor Ort zu unterstützen?**

### **2.2 Das Angebot an barrierefreien und altersgerechten Wohnungen bzw. an der Unterstützung zum Umbau muss ausgeweitet werden!**

**Fragen: Setzen Sie sich für den Erhalt und weiteren Ausbau des KfW-Programms „Altersgerecht umbauen“ und für entsprechende Beratungsangebote zur Wohnungsanpassung ein? In welchem Umfang sollen die bei der Herstellung von Barrierefreiheit entstehenden Umbauten nach Mietende wieder rückgebaut werden?**

### **2.3 Das Wohnumfeld muss auch den Erfordernissen der Barrierefreiheit entsprechen!**

Neben den bereits erwähnten barrierefreien Möglichkeiten zur regelmäßigen Bewegungsförderung geht es hier darum, dass alle wichtigen Dienstleister (Ärzte, Banken, Einzelhandel, Apotheker usw.) barrierefrei zu erreichen sind. Wenn diese im direkten Wohnumfeld nicht vorhanden sind (z.B. in ländlichen Regionen), müssen sie durch eine bezahlbare, barrierefrei zugängliche Mobilität erreichbar sein.

**Frage: Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein?**

### **2.4 Leistungsfähiges ÖPNV-System nicht nur für Schüler/innen!**

Der „Öffentliche Personennahverkehr“ (ÖPNV) gerade auch im ländlichen Bereich sollte nicht nur vorwiegend auf Schüler/innen ausgerichtet sein, sondern auch auf Menschen, die entweder auf Grund von finanziellen Möglichkeiten oder auf Grund körperlicher Bedingungen nicht in der Lage sind, am Individualverkehr teilzunehmen. Das könnte durch Rufbussysteme, organisierte Nachbarschaftshilfe, wöchentliche Fahrten zu Einkaufszentren und weitere Möglichkeiten geschehen und wäre auch eine verlässliche Grundlage, damit Senior\*innen nicht im Alter ihren Wohnort wechseln müssen.

**Frage: Welche Vorstellungen haben Sie zur Verbesserung der ÖPNV-Situation in Unserer Region?**

## **3.0 Gesundheit und Pflege:**

Es ist der Wunsch aller Menschen gesund alt zu werden. Dazu ist es erforderlich, dass sowohl ärztliche Dienste, Gesundheitsförderung und Prävention als auch eine pflegerische Versorgung bedarfsgerecht vorhanden ist.

### **3.1 Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation müssen vor Ort gestärkt werden!**

Pflegebedürftigkeit kann verhindert und Erkrankungen können verlangsamt werden, wenn es eine Gesundheitsförderung und Prävention vor Ort für alle interessierten Senior(inn)en gibt.

**Fragen: Was plant Ihre Partei hierzu bzw. wie wollen Sie insbesondere verein-samte Menschen aus den vulnerablen Gruppen hierfür erreichen?**

**3.2 Wohnortnahe Versorgungsstrukturen müssen ausgebaut werden und ein weiterer Abbau von Krankenhäusern und Abteilungen aus Krankenhäusern muss verhindert werden!**

**Fragen: Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zum Ausbau wohnortnaher gesundheitlicher, pflegerischer und palliativer Versorgungsstrukturen für ältere Menschen, insbesondere auch in strukturschwachen ländlichen Gebieten und benachteiligten Stadtteilen? Welche besonderen Maßnahmen planen Sie in diesem Bereich für die zunehmende Anzahl der demenziellen Erkrankungen?**

**3.3 Die Rolle der politisch vor Ort im Gesundheitsbereich tätigen Menschen (Kommunen, Sozialverbände, Seniorenvertretungen) muss gestärkt werden!**

**Fragen: Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Kommunen zukünftig verstärkt beim Aufbau zukunftssicherer Versorgungs- und Pflegestrukturen im Rahmen des SGB V und SGB XI mitbestimmen und Seniorenverbände und -vertretungen hierbei mitberaten können?**

**3.4 Die Pflegeversicherung muss so ausgestattet werden, dass Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, als Pflegebedürftige nicht plötzlich zu Sozialhilfeempfänger(inne)n werden!**

**Fragen: Wie will Ihre Partei dieses Ziel erreichen, auch und insbesondere mit Blick auf die zahlreichen Kleinrentner und die Ostdeutschen mit den gebrochenen Erwerbsbiografien? Welche Position vertreten Sie hierbei?**

**3.5 Betroffene müssen bei der Gestaltung der Pflege mehr Mitspracherechte erhalten!**

In der Regel haben die Betroffenen auf die Gestaltung der Pflege nur einen geringen Einfluss. Dabei müssen sie einen nicht geringen Teil der Pflegeleistungen selbst bezahlen.

**Fragen: Mit welchen Maßnahmen wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Angehörigenvertretungen und Selbsthilfegruppen bei Entscheidungen zur pflegerischen Versorgung mehr Mitspracherechte erhalten?**

## 4.0 Digitalisierung:

Im Achten Altersbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der von einer wissenschaftlich besetzten Sachverständigenkommission erarbeitet und vom Ministerium am 12. August 2020 veröffentlicht wurde, wird festgestellt (Zitat):

**„Zugang und Nutzung von digitalen Technologien für alle ermöglichen“**

Der Bericht hat die Potenziale und Risiken der digitalen Technologien aufgezeigt und ist ausführlich auf die digitale Spaltung gerade bei älteren Mitbürgern eingegangen, da die digitale Teilhabe in dieser Altersgruppe sehr stark von Bildung und Einkommen abhängig ist. U.a. ergeben sich hieraus Anforderungen an den Bund aber auch an Länder und Kommunen.

### **4.1 Das Internet muss als Teil der Daseinsvorsorge anerkannt werden!**

Im 8. Altersbericht wird das Internet als „Basisinfrastruktur“ bezeichnet und es wird gefordert, dass alle Menschen auf den Weg in die Digitalisierung mitgenommen werden und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, an den Chancen der Digitalisierung zu partizipieren.

Wir fordern daher, dass in allen öffentlichen Altenpflegeeinrichtungen, in allen Seniorentreffpunkten und weiteren Orten, die von Senior(inn)en regelmäßig aufgesucht werden, eine kostenfreie digitale Grundversorgung mit WLAN sichergestellt wird. Der digitale Zugang muss ein Element der Daseinsvorsorge werden.

**Frage: Wie unterstützen Sie diese Zielsetzung vor Ort?**

### **4.2 Die digitale Teilhabe muss sozial gerechter gestaltet werden!**

Unter den neun Millionen älteren „Offlinern“ in Deutschland sind Hochaltrige, Frauen, Alleinlebende sowie Personen mit geringem Einkommen, geringer formaler Bildung und Migrationshintergrund, überproportional vertreten. Die kostenlose Bereitstellung entsprechender Soft- und Hardware für einkommensschwache Bürger wäre ein Instrument um zu helfen.

**Frage: Welche Maßnahmen werden Sie vor Ort ergreifen, um die digitale Teilhabe zu fördern und sozial gerechter zu gestalten?**

#### **4.3 Eine Unterstützung zum Erlernen von digitalen Kompetenzen ist gerade für Ältere dringend erforderlich!**

Der 8. Altersbericht betont: „Insbesondere den Kommunen kommt in diesem Feld eine wichtige Rolle zu – der Aufbau und die Verstetigung von Angeboten zur Entwicklung digitaler Kompetenzen bei älteren Menschen sollte als ein Teil der kommunalen Daseinsvorsorge betrachtet werden.“

**Frage: Welche Möglichkeit sehen Sie, um diese Zielsetzung zu unterstützen?**

#### **4.4 Trotz allem muss wenigstens für eine sehr lange Übergangsphase auch das Recht auf ein Leben ohne Internet gewahrt bleiben!**

Gerade für viele hochaltrige Menschen aber auch für Menschen mit Beeinträchtigungen muss es auch weiterhin das Recht auf Teilhabe geben, daher fordern wir: Analoge Zugänge und Angebote wie z.B. bei Behördenangelegenheiten, Fahrscheinkauf, Bankgeschäften und vielem mehr, müssen weiterhin ohne Nachteile – wie erhöhte Servicegebühren – verfügbar sein.

**Fragen: Wie stehen Sie zu dieser Zielsetzung? Wie setzen Sie sich vor Ort für die Rechte auf „weitere analoge Teilhabe“ ein?**

---

Selbstverständlich können die 20 oben genannten Themenfelder je nach Region noch erweitert werden. Wichtig – aus unserer Sicht – ist es, deutlich zu machen, dass trotz der Tatsache, dass der § 71 aus dem SGB XII noch keine Pflichtaufgabe wie z.B. die Kindertagesbetreuung ist, er als „Soll“ für jede Kommune heutzutage zur Daseinsvorsorge für die immer größer werdende Gruppe der Senior\*innen gehört.